

⋮ Dann erneut Bochum zur fast noch nagelneuen Ruhr-Universität. Mein Vetter Ludger Kleffken war dort schon eingeschrieben und da ich keinen genauen Plan hatte, was ich studieren wollte, folgte ich ihm in die Abteilung Sozialwissenschaften, ein Experiment mit der Absicht, etwas Neues zu kreieren, eine Art Melange aus Politik, Soziologie, Ökonomie, Geschichte und Sozialpsychologie. Und das alles natürlich mit dem Zusatz „Wissenschaft“. Nun mögen die diese Fächer vertretenden Professoren durchaus „Meister“ ihres jeweiligen Metiers gewesen sein, aber keiner hatte die Größe, etwas wirklich Neues und Wegweisendes für die Gestaltung und Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens beizutragen. Allein Prof.

Urs Jaeggi und seine Assistenten brachten frischen Wind in die verkrusteten Strukturen des universitären Lebens, ihre Angebote

und ihre Art des „Unterrichtens“ waren erfrischend, aktuell auf die konkrete Wirklichkeit bezogen und perspektivisch auf die Veränderung der herrschenden Verhältnisse gerichtet. Aber bald schon wurde die „konkrete Wirklichkeit“ selbst zum Studienort: nicht nur wurde von der neuen Studentengeneration der „Muff aus 1000 Jahren unter den Talaren“ herausgepustet, sondern wir gingen auf die Straßen und Plätze und mischten uns ein, so gegen das Auftreten von Alt- und Neufaschisten, die glaubten, unter der Tarnung einer scheinbar demokratischen Partei wie der NPD ihren autoritären Schwachsinn propagieren zu können. Und als Franz-

Student

Vom Hörsaal
auf die Straße

67



Josef Strauß meinte, im Ruhrgebiet Wählerstimmen fischen zu können, machten wir ihm einen Strich durch die Rechnung. Aber was war das alles gegen das ungeheure Verbrechen unserer „Freunde“ auf der anderen Seite des Atlantik, ein kleines Volk in Fernost in die Steinzeit zurückzubomben, nur weil sie den Versuch unternahmen, eine Gesellschaft ohne Bevormundung durch selbsterwählte „Herren der Geschichte“ aufzubauen. Unsere Enttäuschung über eine Nation, die noch kurze Zeit vorher einen entscheidenden Beitrag zur Niederlage des Nationalsozialismus geleistet hatte, war riesengroß, aber wir hörten ja auch gleichzeitig die Stimmen von Joan Baez, Bob Dylan und Neil Young, wir hatten die Botschaft von Martin Luther King im Ohr, der deutsche Emigrant Herbert Marcuse sprach im Februar 1968 in Berlin auf dem vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund organisierten Vietnam-Kongress und klagte die US-amerikanische Politik an. Auch für uns in der „Provinz“ ein deutliches Fanal. Uns hatte schon die Ermordung von Benno Ohnesorg im Juni 1967 fassungslos gemacht, als viele Berliner gegen den Besuch des persischen Shah-In-Shah auf die Straße gingen, als dann auch noch Ostern 1968 auf Rudi Dutschke geschossen wurde, da stand

ATTENTAT AUF DUTSCHKE

Die Schuld liegt nicht bei den Attentätern, wer diese auch immer sind. Sie liegt bei denen, die sie verführt haben.

Mitbürger von Bochum!

Heute, 12 Uhr, auf dem Husemannplatz

Kundgebung

zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke

Es sprechen u. a.:

OB Heinemann, Rektor Prof. Dr. Biedenkopf,
SPD-MdB Liedtke, Prof. Dr. Jaeggi,
Prof. Dr. Bahr, van Berg (DGB),
Zimmermann (AStA)

für viele von uns fest, dass die Politik der Herrschenden auf die Abschaffung der Demokratie zugunsten eines autoritären, paternalistischen Staates hinauslief, der von den alten Machteliten gesteuert wurde. Natürlich nahmen wir bereitwillig auf, was in den von der DDR herausgegebenen „Braunbüchern“ über die alten Nazis stand, die überall in den Chefetagen von Wirtschaft und Politik saßen und als die wahren Herrscher über West-Deutschland gelten mussten.

DER SPIEGEL

22. APRIL 1968 · NR. 17

22. JAHRGANG · DM 1,50

INCL. MEHRWERTSTEUER

— C 6380 C —

Studenten auf den ^{die} ~~den~~ Barrikaden!

Damals sahen viele von uns leider noch nicht, wie verlogen diese Politik der DDR-Funktionäre war, die 1961 einen angeblich anti-faschistischen Schutzwall errichtet hatten, der in Wirklichkeit der Einsperrung der eigenen Bevölkerung diente. Als es Ostern 1968 in fast allen Uni-Städten der Bundesrepublik zu heftigen Unruhen gegen die Hetze des Springer-Konzerns kam, war ich gerade mit einer studentischen Delegation in Bratislava, der heutigen Hauptstadt der Slowakei, um von der demokratischen Hochschulreform bei uns zu berichten. Von dort flog ich mit einem marxistisch gesinnten Hochschullehrer nach Prag und führte

spannende Diskussionen über die Möglichkeit eines Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“, ganz im Sinne des Aufbruchs in der CSSR unter Alexander Dubcek.

Seit meinen Gesprächen mit einer alten Freundin meiner Mutter, die als Kommunistin im KZ Ravensbrück einsaß und als DDR-Bürgerin in sehr kritischem Verhältnis zu ihrem Staat stand - ich besuchte sie kurz vor dem Abitur in Thüringen und hatte dort eine Fahrt nach Buchenwald unternommen - bezeichnete ich mich als Sozialist, in dem Sinne, wie meine Gesprächspartnerin den Satz von Rosa Luxemburg zitierte, wonach es im Grunde nur die Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei gäbe.

Als einige linke Bochumer Studenten - ich war inzwischen nicht nur Mitglied in der Humanistischen Studenten-Union, sondern bekannte mich auch zum SDS - von der FDJ in Leipzig eingeladen wurden, um mit ihnen über den richtigen Weg zum Sozialismus zu diskutieren, nahmen wir diese Einladung an, nicht wissend, dass diese Gespräche dazu dienen sollten, herauszufinden, wer von uns geeignet sein könnte, die bevorstehende Gründung einer neuen Kommunistischen Partei in West-Deutschland zu unterstützen. Wie dem auch sei, einige von uns, darunter auch ich, waren zu anti-autoritär und undogmatisch gesinnt, um auf den Leim der DDR-Jugendfunktionäre zu kriechen. Wir warfen ihnen ihren von uns so genannten „bürokratischen Sozialismus“ vor, argumentierten mit Che Guevara für eine permanente Revolution und wurden dafür als kleinbürgerlich und linksradikal beschimpft. Nun ja, die DKP wurde ins Leben gerufen und versuchte als treuer Vasall der SED Fuß zu fassen. Zwar verbündeten wir uns als unabhängige Linke mit ihr im gemeinsamen Kampf gegen die NPD und gegen die Notstandsgesetze, aber das waren auch schon die Gemeinsamkeiten, denn, wenn uns auch das ganze Ausmaß der Unterdrückung und Bespitzelung im SED-Regime noch nicht bekannt war, so war uns klar, dass ein Regime, das keine wirklich demokratischen Freiheiten zulässt, zum Untergang verurteilt ist.

Kein SDS-Verbot

Bonn zu den Demonstrationen: Einheitliche Gegenwehr

Dann kam der legendäre Mai

1968: zunächst waren wir am 11. Mai Zehntausende friedliche Demonstranten, die an einem Sternmarsch gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze in Bonn teilnahmen. Als wir auf der Rheinbrücke unseren Ruf „No, No, No Notstandsgesetze No“ skandierten, erbebt diese unter unseren Füßen...Und dann nahmen wir begeistert Anteil an den Protesten der französischen Studenten und Arbeiter. Ende Mai hielt es mich und einige Freunde vom Bochumer SDS nicht mehr auf den heimischen Stühlen. Wir zwängten uns zu fünft in meinen Käfer und fuhren über die nicht kontrollierte Grenze nach Frankreich, vorbei an den rote Fahnen schwenkenden Zöllnern und dann durch Ortschaften, in denen ebenfalls Rot die vorherrschende Farbe war. Angekommen in Paris, stellte ich das Auto in der Nähe der Fontaine St. Michel mitten im Quartier Latin ab, das von den Studenten „kontrolliert“ wurde. Wir bauten einen improvisierten Info-Stand im Hof der Sorbonne auf, lasen die wunderbaren Parolen wie „Die Fantasie an die Macht“ und „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ und schliefen im Theatre Odeon, da, wo die permanente studentische Vollversammlung tagte. Wir reihten uns ein in die wohl letzte große Demonstration, als Hunderttausende „A bas De Gaulle“ und „Ce n'est qu'un debut continuons le combat“ skandierend über die Boulevards zogen.



Zurückgekehrt nach Bochum hörten und lasen wir von der Räumung der Sorbonne durch die Polizei, die am 16. Juni vollzogen wurde. Unser „Held“ war Daniel Cohn-Bendit, „Dany le Rouge“, wie er genannt wurde. Auch heute noch ist er für mich einer der glaubwürdigsten (grünen) Politiker.

An unserer RUB gab es heftige Auseinandersetzungen über die Mitbestimmung der Studenten an den Studienordnungen und der universitären Selbstverwaltung. Unter dem Datum des 17. Dezember in meinem kleinen roten Kalender von 1968 steht eingetragen: 500 Polizisten in der Abt. 8 (Sozialwissenschaft). Ich habe vergessen, was der aktuelle Anlass dafür war...



Besetzung des Rektorats 1968 - ich rechts mit Zigarre

Im gleichen Jahr begann meine Dozenten-Tätigkeit an der VHS Bochum. Wir, d.h. ich und weitere Studenten aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, unternahmen den Versuch, in einem von mir so benannten „Grundstudienprogramm“ die wesentlichen Elemente einer kritischen Gesellschaftstheorie aufzuzeigen, darunter auch eine kritische Aufarbeitung der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, also die Ursachen von Militarismus, Faschismus und Kapitalismus und der Kampf dagegen.

Ja, die Erwachsenenbildung war es, die mich dann das ganze weitere Leben beruflich begleitete, nach meinem Diplom 1972 erst sieben Jahre hauptamtlich und dann weitere gut 30 Jahre freiberuflich in der gewerkschaftlichen politischen Bildung. Aber zurück zur RUB: die Auseinandersetzung mit einigen ganz besonders reaktionären Professoren in unserer Abteilung beschäftigte uns pausenlos. Als bekannt wurde, dass der Soziologie-Professor J.Chr.Papalekas gute Kontakte zur griechischen Militär-Junta unterhielt, die sich dort an die Macht geputscht hatte, besetzten wir seinen Lehrstuhl und hingen phantasievolle Protestplakate auf. Als später durchsickerte, dass er und einige seiner Kumpanen Gefälligkeitsgutachten für gleichgesinnte Hochschullehrer geschrieben hatten, um sie zielgerichtet hier in der Abteilung und anderswo unterzubringen, da veröffentlichten wir diese Schreiben unter dem Titel „Streng vertraulich“ in einer Broschüre, die ziemliches Aufsehen erregte und sogar auf den Schreibtischen mancher Kulturminister landete.



SOWI- PROZESSE!

(6)

Wieder einmal findet in Bochum ein

PAPALEKAS - PROZESS statt.

Das heißt, leider ist nicht Papalekas angeklagt, sondern fünf Studenten, die diesen Ordinarius für Soziologie - der sowohl von Studenten als auch im Gutachten von Prof. Sigrist und Prof. Agnoli treffend als Faschist bezeichnet wird - am 31.1. bzw. 1.2.1972 zum Abbruch von Lehrveranstaltungen genötigt haben sollen.

Gut, die Akten waren legal-illegal-scheißegal dem Dekanatsbüro „entnommen“ worden, tauchten nachts in einer Studenten-Wohnung auf, wurden kopiert und anschließend von mir in meinen Käfer geladen und morgens gegen 6 Uhr beim Pförtner mit schönem Gruß von Rektor Biedenkopf abgegeben...

Im Jahre 1971 kam Prof. Erwin K. Scheuch zu einer Vprlesung in die RUB. Das fassten wir als klare Provokation auf, gesteuert vom reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Wir schrieben ein Flugblatt: Verscheucht Scheuch und machten ein Go-In. Mehrere Jahre später kam es zu juristischen Auseinandersetzungen und ich wurde neben zwei weiteren „Störern“ wegen „Nötigung“ zu einer Geldbuße verurteilt...

33 Ms 12/72 erw.- 17/72 erw.-



AMTSGERICHT BOCHUM

BESCHLUSS

In der Strafsache gegen

1. den Studenten Meinhard Starostik,
geb. am 22. 6. 1949 in Marl, wohnhaft in
Bochum, Auf dem Backenberg 6, Deutscher, ledig,
2. den Studenten Christian Holtgreve,
geb. am 18. 10. 1946 in Warburg, wohnhaft in
Bochum, Bernecker Str. 19, Deutscher, ledig,
3. die Studentin der Sozialwissenschaften Ellen Widmaier,
geb. am 11. 11. 1945 in Kleinbittersdorf, wohnhaft
in Bochum, Hauerstr. 4, Deutsche, ledig,

wird die Angeklagte der Staatsanwaltschaft in Bochum
vom 17. 4. 1972 (Az.: 16 Js 32/71) zur Hauptverhandlung
zugelassen.

Offener Brief an die habilitierten Fakultäts- mitglieder der Abt. VIII

Sehr geehrte Herren!

Vorgestern abend wurde im bayrischen Rundfunk in der Sendung für griechische Gastarbeiter mitgeteilt, daß Herr Papalekas offiziell zum Professor der Universität Athen ernannt wurde.

Damit steht offiziell fest, was einsichtigen Studenten längst klar war: auch die faschistische Militärjunta in Griechenland erkennt die loyale antidemokratische Gesinnung von Herrn Papalekas an, die bereits im Frühjahr dieses Jahres die rechtswissenschaftliche Fakultät der Athener Universität mit einer Nominierung honorierte.

Bereits damals warnten die Studenten die Fakultät, sich weiterhin mit solchen faschistischen Kollaborateuren wie Papalekas zu identifizieren. Aber Sie glaubten mit scheinbar liberalen Argumenten Herrn Papalekas verteidigen zu müssen und sprachen ihm einhellig Ihr Vertrauen aus.

Sie sagten damals: 1. Herr Papalekas habe keinen Ruf, sondern nur eine Nominierung erhalten. Das könne man ihm nicht zum Vorwurf machen.

2. Die juristische Fakultät habe ihn nominiert, damit kein Faschist den Lehrstuhl besetze und die Fakultät Zeit gewinne.

Beide Argumente sind nun hinfällig geworden. Wie eigentlich nicht anders zu erwarten war, hat ihm die Junta, genau wie Sie, das Vertrauen ausgesprochen. Sie haben sich in eine Gemeinschaft begeben, die Ihnen nicht genehm sein kann, die Sie aber mit Ihrer unkritischen Loyalität einem Ihrer Kollegen gegenüber verdient haben. Nicht nur Herr Papalekas, der die Ernennung zum Professor ebenso als Ehre empfinden wird, wie er bereits die Nominierung als Ehre empfand, sondern auch Sie haben sich zu verantworten und mit Ihnen jener Teil der Universität, der Ihr Spiel in Senat und Rektorat unterstützt hat.

Sie machten gemeinsames Spiel mit den Faschisten aus Angst vor den Demokratisierungsbestrebungen der Studenten. Sie lieferten sich den Antidemokraten aus, als Sie Ihre demokratische Gesinnung beweisen mußten. Sie deckten Herrn Papalekas, als er in übler Denunziantenmanier Studenten anzeigte, als er einen verleumderischen Brief an den Ministerpräsidenten schickte, als er sich weigerte, mit den Studenten zu diskutieren, als er nicht bereit war, den Konflikt in der Universität zu regeln.

Die Studenten hatten in einer Analyse seiner Schriften auf das implizit in ihnen enthaltene Gedankengut eines Antidemokraten aufmerksam gemacht.

Die Studenten hatten bereits erkannt, daß es kein Zufall sein konnte, daß immer wieder Hochschullehrer der gleichen Couleur wie Herr Papalekas berufen werden sollten und auch berufen worden sind: angefangen bei Herrn Ronneberger, dann bei Herrn Kesting und Altmann. Ist damit die Reihe beendet? Es kann kein Zufall sein, wenn sich solche Machenschaften häufen.

Die Studenten haben Herrn Papalekas das Mißtrauen ausgesprochen und erkennen ihn nicht mehr als Hochschullehrer der Abteilung für Sozialwissenschaften an. Mit Ihrer einmütigen Ehrenerklärung für Herrn Papalekas haben auch Sie dieses Mißtrauen auf sich gezogen.

Wir fordern: sofortige Aberkennung aller universitätsinternen Funktionen von Herrn Papalekas;

sofortige Streichung seines Freisemesters;

Einsetzung einer Berufungskommission zur Neubesetzung seines Lehrstuhls;

Konstituierung eines halbparitätischen Abteilungsrates.

Guido Boulboullé

Rainer Duhm

Christian Holtgreve

(als Senatsvertreter und studentische Fakultätssprecher)

Dieser Brief geht an alle Dekanate der RUB, an die Senatoren, an das Rektorat und an das Kultusministerium.

BOCHUM, 18.9.1969

3500 DM Strafe: Laufbahn verbaut

Zweierlei Demokratieverständnis . . .

Es endete wie es begonnen hatte: Tumult unter den Zuhörern störte den Professor Scheuch vor nahezu vier Jahren in seinen Gastvorträgen, und Tumult unter den Zuhörern störte den vorsitzenden Richter jetzt bei der Verkündung des Urteils über diejenigen, die nach Ansicht des Gerichts an dem Tumult vor vier Jahren die Schuld tragen.

Am 12. Verhandlungstag verurteilte das erweiterte Schöffengericht den Dipl.-Sozialwissenschaftler Christian H. (28) wegen gemeinschaftlicher Nötigung in einem Fall zu 2100 DM Geldstrafe und den geprüften Rechtskandidaten Meinhard St. (25) wegen gemeinschaftlicher Nötigung in zwei Fällen zu 1400 DM Geldstrafe. Die Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Ellen B. (29) wurde freigesprochen.

Was damals im Hörsaal H I A geschah und jetzt im Gerichtssaal bewertet wurde, ist die Auseinandersetzung zweier verschiedener Generationen über ihre verschiedenen Auffassungen von professoran-

ler Autorität, und die Auseinandersetzung zwischen ihrem unterschiedlichen Demokratieverständnis.

Das Gericht wertete grundsätzlich als „verwerflich“ (Nötigungsparagraph 240, Abs. 2), daß 480 nicht angeklagte Studenten und zwei ihrer nun verurteilten Sprecher einen hochschulpolitisch engagierten und rechts orientierten Mann, der sich um einen Lehrstuhl an ihrer Abteilung beworben hatte, gegen seinen Willen dazu zu bringen, sie vor seinem Vortrag über den rechtsgerichteten „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zu informieren, deren Pressesprecher er war.

In der damaligen hochschulpolitischen Situation brannte den Studenten die Frage ihrer Mitbestimmung im Universitätsbetrieb auf den Nägeln. Sie sahen im hochschulpolitischen Programm des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ — so weit es bekannt war — eine Gefahr für ihre legitimen hochschulpolitischen Interessen.

Wer nötigte hier eigentlich wen?

War es da verwerflich, daß sich 480 betroffene Studenten in einem Demokratieverständnis jenseits jeder willkürlichen persönlichen Autorität spontan als ein Parlament empfanden, das von dem Gastredner Scheuch in bezug auf das Informationsanrecht respektiert werden wollte? Welches Rechtsgut wurde hier verletzt? Verletzten 480 Zuhörer nach zwei Mehrheitsbeschlüssen, zuerst etwas über den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zu hören, den Professor Scheuch in seinem Willen, von etwas anderem zu reden — oder schnitt der Professor Scheuch seinen 480 Zuhörern das legitime hochschulpolitische Recht der Studenten auf Information ab? Wer nötigte wen?

Das Gericht kam zu dem Schluß, daß erst „fünf bis zehn“, dann vier, dann drei und schließlich zwei ehe-

malige Studenten den Redner Scheuch genötigt hatten. Ausdrücklich bestritt das Gericht den beiden Verurteilten, ein Mandat gehabt zu haben, die studentische Meinung auszudrücken. Sicherlich hatten sie kein schriftlich fixiertes Mandat, aber nach allem was Zeugen sagten, mit Sicherheit ein mündliches.

Die Frage, die einigen hundert Studenten der Abteilung VIII bei einer möglichen Berufung von Scheuch in Bochum auf den Nägeln brannte, die Frage nach seinem hochschulpolitischen Konzept, wurde vom Gericht jetzt als „sachfremd“ und „nicht vorlesungsbezogen“ verworfen. Mit dem Urteil ist den beiden Betroffenen die angestrebte Berufslaufbahn vorerst verbaut.

Dietrich Bussian